

wertbares Wissen verlangt wird – wäre es dann nicht fatal, in der Volkshochschule die letzte Chance ungenutzt zu lassen, Bildung als jene zweckfreie Angelegenheit Humboldts zu betrachten? Denn wenn Bildung „frei“ ist von vordergründigen „Zwecken“, bedeutet das keineswegs, dass sie „zwecklos“ ist. Gerade die Freiheit des Denkens fördert Kreativität und die Fähigkeit zur Innovation. Das unterstreichen die noch der klassischen Bildungstheorie verpflichteten Wissenschaftler heute, das wussten Dichter und Denker wie Goethe, Karl Philipp Moritz oder Friedrich Schiller schon vor rund 200 Jahren: So spricht letzterer in seinen Briefen „Über die ästhetische Erziehung des Menschen“ von der „Bestimmungslosigkeit“ von Sinnen und Verstand, die gerade dadurch neu „bestimmbar“ werden würden, da sie „offen“ seien für Neues, so dass aus einer „leeren“ eine „erfüllte Unendlichkeit“ werden könne.⁴

Mit anderen Worten: Wenn sich der Geist ausschließlich auf naheliegende Probleme fixiert, fährt er sich fest und beraubt sich fernerliegender Möglichkeiten, sie zu lösen. Dies zu verhindern, wäre heute eine lohnende Aufgabe für die Volkshochschule; und es mit Lehrangeboten in die Tat umzusetzen, die sich am humboldtschen Bildungsideal orientieren, wäre zweifelsohne ein enormer Gewinn für die Gesellschaft, kein Rückschritt, sondern ein Fortschritt heraus aus der utilitaristischen Beliebigkeit.

Nach 100 Jahren ihrer Existenz sollte sich die Volkshochschule daran erinnern, aus welchem Geist sie geboren wurde.

Anmerkungen

- 1 Wilhelm von Humboldt: Ideen zu einem Versuch, die Gränzen der Wirksamkeit des Staates zu bestimmen, in: Werke I, Darmstadt 1980, S. 64.
- 2 Wilhelm von Humboldt: Litauischer Schulplan 1809. zit. in: Werke V, Darmstadt 1980, S. 188.
- 3 Josef Olbrich: Geschichte der Erwachsenenbildung in Deutschland, Bonn 2001, S. 214.
- 4 Friedrich Schiller: Über die ästhetische Erziehung des Menschen, einundzwanzigster Brief, abgerufen am 16.07.2018: www.zeno.org/Literatur/M/Schiller,+Friedrich/Theoretische+Schriften/%C3%9Cber+die+%C3%A4sthetische+Erziehung+des+Menschen+in+einer+Reihe+von+Briefen/Einundzwanzigster+Brief.

Politische Bildung als Instrument gesellschaftlicher Verantwortung Wie gesellschaftspolitisch wirkmächtig können, dürfen und sollen Volkshochschulen sein?

Jens Brandenburg, MdB, FDP

1. Die Grundlagen der Demokratie geraten unter Druck

Das britische Volk entscheidet sich in einem Referendum für den Austritt aus der Europäischen Union. Die US-Amerikaner wählen den Medienmogul und politischen Quereinsteiger Donald Trump zu ihrem Präsidenten. Mit der AfD erobert eine offen

islamophobe, reaktionäre, rassistische Partei Landtag um Landtag bis hin zu ihrem Einzug in den Deutschen Bundestag. In Polen schickt sich die Regierung an, den Rechtsstaat sukzessive abzuschaffen. Österreich, Ungarn, Italien – wohin man schaut: der Rechtspopulismus grassiert. Eben noch als undenkbar und unumstößlich Geltendes wird abgeräumt. Kurzum: Die Grundlagen unserer Demokratie geraten zunehmend unter Druck. Illiberale Bewegungen rütteln Deutschland, Europa und die gesamte Welt auf. Neue Medienplattformen florieren als scheinbare Alternative zu angeblich gesteuerten Mainstreammedien und ihren „Fake news“. All das ist Ausdruck des wachsenden Misstrauens nicht nur gegenüber politischen Eliten, sondern gegenüber dem Bewährten, dem repräsentativen Regierungssystem, der Herrschaft von Freiheit und Recht.

Es sind nicht nur die Wahlen selbst und das Handeln der aus ihr hervorgehenden Amtsträger. Es ist auch das Miteinander, das leidet. Selbst Grundformen des respektvollen Umgangs mit Menschen anderer Lebensstile werden nicht (mehr) eingehalten. Andere Meinungen werden sprichwörtlich und wahrhaftig niedergebrüllt.

Für unsere Gesellschaft müssen diese Entwicklungen Ansporn sein, entschiedener für die lernende und streitbare Demokratie unserer liberalen Republik einzutreten. Es ist nötiger denn je, dass Menschen aufstehen und die Stimme erheben. Die Konfrontation von Menschengruppen unterschiedlicher Auffassung in durch Polizeikräfte voneinander isolierten Straßenzügen stellt noch keinen Fortschritt für das Wiedererstarken demokratischer Prinzipien dar. In der Bundesrepublik benötigen wir die Belebung einer gesunden Debattenkultur und als Grundlage hierfür politische Bildung. Die Aufrufe hierzu in Politik und Medien, in Feuilletons und in Schulklassen sind richtig und wichtig. Ein großer Teil unserer Gesellschaft wird damit jedoch nicht mehr erreicht. Es braucht – auch angesichts der sich in den sozialen Netzwerken ausbreitenden Debatten – neue Formen der Politischen Bildung.

2. Für eine Renaissance der Politischen Bildung

Menschen zur Teilnahme an bürgerschaftlichen Prozessen der Verständigung, Beratung und Veränderung zu ermächtigen, ist Zweck der formalen politischen Bildung. Im Zeichen einer sich schnell veränderten Welt, gesellschaftlicher Zersplitterung und verstärkter Zuwanderung ist die große Herausforderung, Wissen und Handwerk für eine weltoffene, inklusive Demokratie zu vermitteln.

Die Basis bildet ein solides Grundlagenwissen über die Geschichte, Werte, Institutionen und Praxis der Demokratie. Bürgerinnen und Bürger brauchen heute verstärkt Bildungsangebote, die Hintergründe und Auswirkung von Migration thematisieren und über Vorurteile, Rassismus, Rechtspopulismus und religiösen Fundamentalismus aufklären. Auch die oft zum Subjekt politischer Diskussionen herangezogenen Geflüchteten selbst benötigen Bildungsangebote, die das Verständnis unserer freiheitlichen, vielfältigen und demokratischen Republik fördern.

Niemand wird als Demokrat geboren. Demokratie ist eine Lebens- und Regierungsform, für die Kulturtechniken des Zuhörens, des sachlichen Widerspruchs und der kollektiven Entscheidungen erlernt werden müssen. Wir sollten uns wieder mehr in der Praxis üben: öffentliche Rede, Dialogfähigkeit und Anwenden von Abstim-

mungsregeln oder Entscheidungsmethoden. Diese Kenntnisse und Fähigkeiten sind letztlich auch zur Wahrnehmung der eigenen Rechte und Partizipationsmöglichkeiten hilfreich. Politik als die „Kunst der Gestaltung menschlicher Gemeinschaft“ (nach Friedrich Naumann) braucht Anwendungswissen und politische Kompetenzen. Dazu gehören die Kompetenz zur Gestaltung politischer Prozesse, das Handwerk der Führung, Moderation und demokratisches Methodenwissen.

Politischer Bildung kommt im digitalen Zeitalter eine weitere Aufgabe zu: Sie muss befähigen, Quellen kritisch zu hinterfragen und Informationen einzuordnen, um nicht unreflektiert Falsches und Unwahres zu glauben und zu verbreiten. Sie muss aufklären, über die Möglichkeiten und Chancen. Das Ziel muss sein, allen Menschen echte Medienpartizipation zu ermöglichen, um die Chancen der Digitalisierung für den politischen Diskurs verantwortungsvoll nutzen zu können.

3. Volkshochschulen als moderne Zentren politischer Bildung

Eine moderne demokratische Bürgergesellschaft braucht vielfältige Orte formaler und informeller politischer Bildung. Dazu gehören Schulen und Universitäten, Stiftungen, Gedenkstätten und Museen. Als die wohl bekannteste Bildungseinrichtung des lebenslangen Lernens kann und sollte insbesondere den Volkshochschulen im Bereich der politischen Bildung eine noch größere Bedeutung als bisher zukommen.

Volkshochschulen sind ein hervorragender Ort der politischen Bildung. Sie leben – nach eigenem Anspruch – einen ganzheitlichen Bildungsbegriff, agieren weltanschaulich und parteipolitisch neutral. Sie bieten Bürgerinnen und Bürger einen Zugang zu individueller Weiterbildung ohne finanzielle Zugangsschranken. Die breit gefächerten Bildungsangebote in Bezug auf Ziele, Inhalte und Methoden stehen allen Menschen offen. Volkshochschulen sind Weiterbildungseinrichtungen für die gesamte Bevölkerung.

Volkshochschulen tragen zur individuellen Persönlichkeitsentwicklung und zum sozialen Zusammenhalt bei. Sie sollten den Anspruch haben, gesellschaftliche Wandlungsprozesse zu begleiten, zu analysieren und Bürgerinnen und Bürgern die (Mit-)Gestaltung des Wandels zu ermöglichen. Sie sollten noch intensiver als bisher Schlüsselkompetenzen, Kenntnisse und Fähigkeiten vermitteln, die zur Mitwirkung und Mitbestimmung einer aktiven Bürgergesellschaft benötigt werden.

Dabei müssen sie sich auf die veränderten gesellschaftlichen Gegebenheiten und Anforderungen einstellen. Es braucht eine veränderte Kommunikation und vielfältigere (Bildungs-)Formate als bisher: Parteien müssen sich zunehmend von einer Frontalbesetzung in Hinterzimmern verabschieden und sich interaktiven und digitalen Formaten öffnen, wenn sie künftig Menschen erreichen wollen. Gleiches gilt für die politische Bildung. Um neue Zielgruppen zu erschließen, sollten auch Volkshochschulen die Türen analoger Seminarräume überwinden und ihr Angebot neuartiger Formate ausbauen. Mit Onlinemodulen, die flexibel per Smartphone aus der Straßenbahn heraus belegt werden können, ließen sich Teilnahmeschranken senken und mehr Menschen erreichen. Dabei ersetzt die Digitalisierung nicht den persönlichen Kontakt zwischen Dozent/in und Teilnehmer/innen. Sie kann aber eine sinnvolle Ergänzung von Präsenzveranstaltungen sein und politische Bildung auch in kleinen

Happen für einen größeren Kreis interessierter Menschen zugänglich machen. Diese Chance sollten wir nicht verspielen.

Volkshochschulen können Politik erlebbarer machen als bisher. Sie können eine noch wichtigere Plattform für Diskussion und Debatte sein. Sie können moderne Zentren der politischen (Weiter-)Bildung werden. Ihre bisherige Stärke, politische Bildungsangebote für breite Teile der Bevölkerung verfügbar zu machen, wird auch in Zukunft gefragt sein.

Politische Bildung als Instrument gesellschaftlicher Veränderung

Wie gesellschaftspolitisch wirkmächtig können, dürfen und sollen Volkshochschulen sein?

Birke Bull-Bischoff, MdB, DIE LINKE

Dass (politische) Bildung ein sehr wirksames Instrument gesellschaftlicher Veränderung ist, dürfte unbestritten sein. Vielmehr noch ist politische Bildung für eine demokratische Gesellschaft unbedingt notwendig, ist doch die Demokratie, wie Oskar Negt es formulierte, „die einzige Gesellschaftsordnung, die gelernt werden muss“ (Negt 2013, S. 59). In diesem Sinne ist politische Bildung immer als Demokratiebildung zu verstehen. Sie muss ein entsprechendes inhaltliches Wissen vermitteln, die Lernenden in die Lage versetzen, mit einem kritischen Blick gesellschaftliche Entwicklungen analysieren zu können und sich darüber in Auseinandersetzungen zu geben und schlussendlich sich über bestimmte Sachverhalte ein Urteil bilden zu können (vgl. Kenner 2018, S. 245 f.).

Gegenwärtig erleben wir eine Situation, in der demokratische Errungenschaften zur Disposition gestellt werden. Weltweit, auch in der Bundesrepublik, ist ein autoritärer Populismus bis weit in die Mitte der Gesellschaft anschlussfähig geworden. In einzelnen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union werden wichtige Säulen der demokratischen Verfasstheit dieser Staaten ausgehöhlt und damit unwirksam gemacht. Beispielhaft seien hier nur die Situation der Presse in Ungarn und die Situation des Rechtsstaates in Polen nach der Justizreform genannt. Die Spaltung der Gesellschaft schreitet immer weiter voran, was auch zu einem Erstarken antidemokratischer Parteien führt. Diese antidemokratischen Parteien verstärken wiederum die Tendenz zur Polarisierung der Gesellschaft, indem sie gesellschaftliche Gruppen konstruieren, die sich vertikal („die Politiker“ vs. „das Volk“) und horizontal („die Anderen“ vs. „wir“) gegenüberstehen. Unter dem Deckmantel eine vermeintliche Mehrheit (wir, das Volk) zu vertreten, steckt eine anti-egalitäre Ideologie hinter diesem Agieren. Darüber hinaus haben wir es weltweit mit einer breit aufgestellten Gegenaufklärung zu tun, die „alternative Fakten“ über das Wissen stellt.